Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 11 3 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 5 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenbüros. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Drauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4664.

Nr. 557. Halle, Sonntag, den 28. November 1920. Einzelpreis 30 Pfg.

Amerikanische Milchkühe unterwegs.

Fortsetzung der Reichstagsdebatte über den Berliner Elektrizitätsstreik — Wohlfahrtsfragen im Abgeordnetenhause Irische Ausschreitungen in New-York — Ausbau des Reichswirtschaftsrates.

Senator Frassati

der neue italienische Botschafter in Berlin.

Durch die amtliche italienische Nachrichtenagentur wurde vor einigen Tagen die Versetzung des derzeitigen italienischen Botschafters in Berlin, de Martino, nach London und die Berufung des Senators Frassati, des Direktors der „Stampa", nach Berlin bestätigt. Daß der Posten des italienischen diplomatischen Vertreters in London neu besetzt werden sollte, war schon seit längerer Zeit in eingeweihten Kreisen kein Geheimnis mehr. Auch wurde de Martino schon vor Monaten hierfür genannt, da er als das beste Pferd im Stalle der italienischen Diplomatie gilt und die Regierung ein naturgemäßes Interesse daran hatte, den besten Mann nach London zu setzen. Mit seinem Fortgang aus Berlin ist jedoch vor Januar kaum zu rechnen. Senator Frassati ist, wie seine Tätigkeit als die eines Leiters und Hauptbesitzers einer Zeitung ersehen läßt, Außenseiter in der Diplomatie, aber er ist — und dadurch wird die Zünftigkeit mehr als ersetzt — einer der besten Freunde Giolittis. Außerdem bringt er gerade für den Berliner Posten Eigenschaften mit, die auch in der italienischen Diplomatie nicht häufig vertreten sind. Die deutschen Verhältnisse sind ihm besonders vertraut. Er spricht, wie wenige Italiener, fließend deutsch und hat sich durch gelegentliche Reisen nach Deutschland und durch die tägliche Lektüre dreier deutscher Zeitungen über die deutsche politische und wirtschaftliche Lage von jeher auf dem Laufenden gehalten. Sonst erscheint er als ein besonders guter Typ des modernen Italienertums. Energie, Vorsicht, Liebenswürdigkeit und eine weitsichtige Einschätzung der realen Faktoren sind unverkennbare Charakterzüge dieses sehr elastischen Mannes, der nach dem äußeren Eindruck kaum die 10 überschritten haben sollte. In politischer Beziehung hat er sich bisher eine gewisse Zurückhaltung auferlegt und es vermieden, Posten anzunehmen, die ihm Anlaß geben konnten oder mußten, Lesenders in den Vordergrund zu treten. Seine Haltung im Kriege war, wie dies die gemäßigte Haltung der „Stampa" erkennen ließ, die bekannte neutralistische des Giolittischen Kreises, in dem man vom Kriege abriet, weil man von dessen langer Dauer überzeugt war und in diesem Falle schon damals damit rechnete, daß bei einem wohl siegreichen, aber langen Kriege der Gewinn in keinem Verhältnis zu den Opfern und der wirtschaftlichen Schwächung des Landes stehen würde. Für Frassati, der zu den angesehendsten Bürgern Turins, aber natürlich zu den Kapitalisten zählt, war durch die letzte Arbeiterbewegung, die in Turin, als der vielleicht radikalsten Stadt Italiens, besonders scharfe Formen angenommen hatte, eine persönlich schwierige Situation geschaffen, die an ihn, als den Leiter des eigentlichen Regierungsorgans, besondere Anforderungen an diplomatischem Geschick stellte. Es ist nicht zu unterschätzen, daß durch seine Berufung nach Berlin eine besonders enge Verbindung zwischen der deutschen Regierung und dem römischen Premier geschaffen wurde, aber andererseits muß bei der Einschätzung der voraussichtlichen Stellungnahme Italiens zu Deutschland immer wieder bedacht werden, daß schon die innere Lage des Königreichs und seine wirtschaftlichen Bedürfnisse eine in jeder Beziehung balanzierende Außenpolitik erfordern und daß es Italiens Bestreben sein muß, irgendwelche Feindschaften oder nur Entfremdungen mit den „verbündeten Mächten" zu vermeiden und Gefahren zu bannen, die von jenseits der Adria drohen. Das ohne den Pariser Einfluß kaum denkbare Abkommen mit Südslavien ist ein Beweis dafür. Diesem neuesten, sehr geschickten Schachzug Giolittis, eine Dauerwirkung zu prophezeien, wäre vermessen. Aber solange die sozialistische Welle einer Konsolidierung der Regierungsgewalt entgegenwirkt, muß sich die Regierung den nationalen Mehrforderungen verschließen. Immerhin bleibt ein wohlwollendes neutrales Deutschland eine wichtige Reserve für spätere unvorhergesehene oder beabsichtigte Situationen. Aber vieles weist darauf hin, daß Italien an einem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland schon jetzt ein großes Interesse hat, und der neue Vertreter in Berlin bringt gerade auf diesem Gebiete Kenntnisse und praktische Erfahrungen mit, wie sie nur selten zum Rüstzeug des Diplomaten gehören und die eine, den wirtschaftlichen Interessen der beiden Länder förderliche Entwicklung erhoffen lassen.

Der erste amerikanische Milchkuh-Transport.

Kreisverarzt Dr. August Möller, der sich im Auftrage der Reichsregierung nach den Vereinigten Staaten begeben hat, um den Transport der amerikanischen Milchkühe nach Deutschland in die Wege zu leiten, hat an Verwandte in Düsseldorf unterm 19. November die Mitteilung gelangen lassen, daß der erste Transport von 742 Kühen auf dem Dampfer „Westarrow" in der zweiten Hälfte des November nach Bremen abgehen werde. Wie schwierig die Ablieferung und Sammlung der Kühe sei, ergebe sich aus dem Umstande, daß das Gebiet, aus dem der erste Transport stamme, eine größere Ausdehnung als Deutschland habe. Fast täglich kämen jetzt weitere Ladungen mit Kühen aus dem Gebiet mit der Eisenbahn an.

Ausbau des Reichswirtschaftsrats.

Der Verfassungsausschuß des Reichswirtschaftsrats, der als Vertretung der beteiligten Wirtschaftskreise unter anderm dazu eingesetzt worden ist, um für das in Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehene System wirtschaftlicher Räte die Grundlagen zu schaffen, hat bei den Bezirkswirtschaftsräten anzufangen beschlossen. Erst nachdem ihre Aufgaben umschrieben und ihre Bezirke abgegrenzt sind, wird volle Klarheit über ihren zweckmäßigen Aufbau sowie über ihr Verhältnis zu den bisherigen amtlichen Wirtschaftsvertretungen (Handels-Handwerks- und Landwirtschaftskammern) zu gewinnen sein. Auch die Frage der Ausgestaltung des endgültigen Reichswirtschaftsrats und insbesondere die Schaffung gleichberechtigter Vertretungskörper der Arbeitnehmer neben denen des Unternehmertums wird dann erst zu erörtern sein. Der Ausschuß hat einen Unterausschuß von neun Mitgliedern eingesetzt, der die hierfür erforderlichen Referate an Hand des ganzen von ihm zu sichtenden Materials verteilen, nötigenfalls Sachverständige zuziehen und später dem Verfassungsausschuß Vorschläge unterbreiten soll. Gleichzeitig aber wies der Ausschuß übereinstimmend auf Bedenken hin, die sich daraus ergeben, daß nur Regierungen und Parlamente einzelner Länder im Begriff seien, dem doch eigens für die Angliederung der deutschen Wirtschaft zusammenberufenen Gremium von Sachverständigen aller Wirtschaftszweige durch Sondergesetze vorzugreifen. Das gleiche gilt von Versuchen in einzelnen Ländern oder Bezirken des Reiches, durch inzwischen geschaffene Wirtschaftskammern bestimmter Gewerbe oder durch Bezirkswirtschaftsräte mit Hilfe der bisherigen Kammern die Regelung der Frage vorwegzunehmen.

Reichsbeamtentagung des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes.

Mit einem Begrüßungsabend im Lehrervereinshaus in Berlin wurde am Donnerstag abend die erste Reichsbeamtenkonferenz des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes eingeleitet. Die eigentlichen Verhandlungen wurden Freitag früh um 9 Uhr im Rheingold durch den Verbandsvorsitzenden Scarupe in Anwesenheit von etwa 100 Delegierten aus allen Teilen des Reiches eröffnet. Dann hielt der Landtagsabg. Riedel (Charlottenburg) einen zweistündigen Vortrag über „Beamtenpolitik im neuen Deutschland". Er ging davon aus, daß die Umgestaltung der politischen Verhältnisse den Beamten grundsätzliche Aenderungen fast gar nicht gebracht habe. Die Vorgänge beim Kampf um die Besoldungsordnung atmeten den kleinlichen Geist der Vorkriegszeit. Statt einer großzügigen wirklichen Reform erlebten wir ein Gegeneinanderausspielen der einzelnen Gruppen. Besonders eingehende Ausführungen widmete der Redner den Diätaren, deren Rechtsverhältnis ein überaus unsicheres sei. Die Verfassungsvorschriften ständen bisher nur auf dem Papier. Der Redner entwickelte dann ein großes Programm für ein modernes Beamtenrecht und beschäftigte sich besonders eingehend mit der Frage, wie ein etwaiger Widerspruch zwischen Beamtenmitbestimmungsrecht und Etatrecht des Parlaments auszugleichen sei. Der Beamte muß im Volksstaat in einem festen Treuverhältnis zum Staate stehen. Aber dies Treuverhältnis müsse sich auf einer dem Eigeninteresse entsprechenden freiwilligen Dienstbarkeit des Beamtentums gründen. Hierfür seien im eigenen Interesse des Staates die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Die Aussprache wurde von dem Verbandsvorsitzenden Schrupp mit einer Schilderung der Maßnahmen eingeleitet, die der Verband in den letzten Wochen zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage der Eisenbahner getroffen hat. Die meisten Diskussionsredner beschäftigten sich mit dieser großen Notlage. Insbesondere die Redner aus dem westlichen Industriegebiet mahnten zur sofortigen Linderung der Not, da die dortigen Verhältnisse eine Katastrophe in drohende Nähe rückten. Andere Redner aus Frankfurt a. M., Halle a. S., Braunschweig, Leipzig, Berlin, Elberfeld usw. verlangten eine Bereinigung der unteren Besoldungsklassen und die Anrechnung des Besoldungsdienstalters vom Tage des Eintritts in den Eisenbahndienst an. Der ersten Forderung wurde allerdings von anderen Rednern entgegengetreten, und statt dessen ein organischer Neuaufbau des Besoldungswesens verlangt.

In der wirtschaftlichen Diskussion wurden das Diätariat und die schwebenden Fragen des Beamtenrechts erörtert. Die reichhaltige Diskussion fand ihren Abschluß mit der Annahme der nachfolgenden grundsätzlichen Richtlinien:

1. Das öffentlich-rechtliche Anstellungsverhältnis ist beizubehalten.
2. Im Sinne der neuen Reichsverfassung ist der Beamte und der Beamtenanwärter auch in arbeitsrechtlicher Hinsicht als gleichberechtigter Staatsbürger zu behandeln. Ohne die Weckung und stete Förderung eines auf dem Rechte der Mitwirkung und Mitbestimmung beruhenden Eigeninteresses der Beamtenschaft erscheint der Wiederaufbau des Eisenbahnwesens undenkbar.
3. Die aus dem öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnis für die Beamtenschaft gegenüber Staat- und Gemeindewohl sich ergebenden Verpflichtungen bedingen andererseits, daß Staat und Volksgemeinschaft der Beamtenschaft eine sorgenfreie und ihrer Ausbildung entsprechend gesicherte wirtschaftliche Existenz gewährleisten und die sozialen Verhältnisse dieser Bevölkerungsschicht als der wirtschaftlichen Trägerin des Staatsgedankens so vorbildlich wie nur irgend möglich zu gestalten.
4. Besoldungsgesetz und Besoldungsordnung sind organisch weiter zu vereinfachen.
5. Die Frage des Beamtennachwuchses ist in ihren Grundlagen gesetzgeberisch, in ihrer Ausführung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen im Wege der Vereinbarung mit den Organisationen zu regeln.
6. Alle für das Beamtenverhältnis in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen sind in einem einheitlichen, den modernen Zeitverhältnissen angepaßten und weiterhin ausbaufähigen Reichsbeamtenrecht zusammenzufassen.

Streichungen im Heeresetat.

Der Hauptausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Freitag, nachdem die Posten des Veterinärwesens usw. bewilligt waren, mit dem Wohnungswesen der Reichswehr. Dabei wies der Minister Geßler darauf hin, daß es unmöglich sei, Soldaten, die zwölf Jahre im Heere Dienst tun sollen, so unterzubringen wie früher die ausgehobenen Soldaten. Leider sei man aber selbst davon heute noch weit entfernt, da infolge der Abtretung von Grenzgebieten nicht weniger als 40 Prozent verfügbare Kasernenkapazität verloren gegangen seien, und der Rest noch von Abwicklungsbehörden und von der Sipo beansprucht sei.

Gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und eines Teiles der Deutschnationalen und der Demokraten wurden bei der Position der Hilfskräfte auf Antrag des Abg. Boltz (Zentrum) 443 000 Mark gestrichen, obwohl vom Reichsrat bereits Abstriche in der Höhe von 25 Prozent gemacht worden sind. Der Abgeordnete Boltz vertrat überhaupt den Standpunkt starker Streichungen aller Art. Bei der Position der Hilfskräfte kommt es dabei zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen ihm und den Mehrheitssozialdemokraten. Da ein Teil der Deutschnationalen sich seltsamerweise dem Antragsteller anschloß, ging sein Streichungsantrag, der im wesentlichen wohl dekorativ gemeint war, schließlich durch. Bei der Position der Kosten für militärische Uebungen usw. wurden zwei Millionen abgestrichen. Bei dem Kapitel Betriebsstoff und Bereitung von Dienstkraftwagen der Truppenkommandeure begnügte sich der Ausschuß damit, eine strenge Nachprüfung dieses Titels bei nächster Gelegenheit in Aussicht zu stellen. Bei der Frage der früheren Lehrer an den Unteroffizierschulen sagt der Reichswehrminister zu, seinen Einfluß bei den Kultusministerien der einzelnen Staaten geltend zu machen, damit diesen Beamten Unterkunft gewährt werde. Bei dem Titel Waffen und Munition regt der Berichterstatter angesichts des Widersinnes, daß wir die alte Munition unter dem Drucke der Entente verschrotten müssen und gleichzeitig gezwungen sind, neue Munition zu dem heutigen teuren Preise zu kaufen, neue Verhandlungen mit den früheren feindlichen Mächten an. Von der Regierung wurde auf die bisher in dieser Hinsicht geführten Verhandlungen hingewiesen. Der Antrag des Berichterstatters ging dahin, 65 Millionen zu streichen. Dieser Antrag ging gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Demokraten durch, worauf der Reichswehrminister noch einmal ausdrücklich auf die dadurch entstehenden Schwierigkeiten für die Heeresverwaltung hinweist.

Die Ministerkonferenz in London.

Paris, 27. Nov. Die erste Unterredung zwischen Lloyd George und Leygues fand heute nachmittag statt. Leygues erklärte französischen Journalisten gegenüber, man habe nicht nur die griechische und die Orientfrage behandelt, sondern auch andere, die beide Länder berührende Fragen. Morgen werde die Prüfung der Fragen fortgesetzt. Sobald diese beendet sei, könne man einen gemeinsamen Aktionsplan festsetzen und gewisse Entscheidungen treffen. Leygues erklärte, er werde jedenfalls bis Montag abend in London bleiben, am Dienstag müsse er aber in Paris zurück sein, da er in der Kammer über die Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan sprechen müsse. Laut „Petit parisien" besprachen Leygues und Lloyd George auch die Frage der Volksabstimmung in Oberschlesien und über die Wiedergutmachungsfrage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201128013/fragment/page=0001

Die deutschen Kriegergräber in Frankreich.

Die französische Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf unterbreitet, um das Gesetz vom 29. Dezember 1915, betreffend die Gräber aller Soldaten des Landheeres und der Marine der französischen und alliierten Heere, die während des Krieges gestorben sind, auch auf die deutschen Gräber in Frankreich anzuwenden. Der Artikel 225 des Friedensvertrages legt der französischen Regierung die Verpflichtung auf, die deutschen Gräber zu respektieren und zu unterhalten. Die Friedhöfe werden vom Staate erworben und unter seinen Schutz gestellt.

Irische Ausschreitungen in New York.

London, 27. November. Aus New York wird der „Times" berichtet, daß dort am Donnerstag, dem amerikanischen Nationalgedenktage, große irische Ausschreitungen vorgekommen sind. Eine große Versammlung von Irlandern, die in der katholischen Kathedrale in der 5. Avenue einer feierlichen Seelenmesse für den Bürgermeister von Cork beigewohnt hatten, verlangten nach Beendigung der Feier, daß die englische Flagge, die auf dem Gebäude des Unionklubs neben der amerikanischen und französischen Flagge wehte, heruntergeholt werde. Als diesem Ersuchen nicht stattgegeben wurde, zertrümmerte die Menge die Fensterscheiben des Klubs. Eine Anzahl Iren drang dann in das Gebäude ein und holte die Flagge herunter. Die Eindringlinge wurden später vertrieben und die Flagge wieder gehißt. Es wurden mehrere Personen verhaftet.

Die „Union Times" schreibt, daß seit langer Zeit in New York keine so ernsten Ausschreitungen vorgekommen seien.

Nach einer Reuter-Meldung aus London haben an den Ausschreitungen in New York 5000 Personen teilgenommen.

Aus der demokratischen Bewegung.

Anträge zum demokratischen Parteitag

sind sehr zahlreich eingegangen. Mit Rücksicht auf die Papierknappheit ist es undenkbar, sie alle im Wortlaut wiederzugeben. Wir müssen uns damit begnügen, den Inhalt kurz anzudeuten. Zur Tagesordnung verlangt Minden-Lübbecke, daß der „Völkerbund" mit den Referenten Prof. Jaeckh und Gerland behandelt wird. Mittelschlesien beantragt, auf die Tagesordnung zu setzen: 1. Verwaltungsreform in Preußen, besonders Ausgestaltung der Provinzialautonomie, 2. die Demokratisierung der Verwaltung, 3. die Demokratisierung des Offizierkorps. Zum Parteiprogramm überreicht Bonn einen ganz ausführlichen Entwurf zu einem Kommunalprogramm und verlangt, daß die zuständigen Parteiinstanzen ein solches möglichst bald ausarbeiten und dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung vorlegen. Schmargendorf fordert die Einsetzung einer dauernden Programmkommission und die sofortige Ausgabe eines wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms, für das es eine Reihe von Grundsätzen aufstellt. Der obergebirgische Bezirksverband und Schmargendorf stellen Anträge zum Ausbau der Parteiöffentlichkeit; Schmargendorf fordert die zwangsweise Einführung eines Reichsmitgliedsbuches und Erhöhung der Beiträge. Bremen beantragt, den nächsten Parteitag dort stattfinden zu lassen. An Anträgen über einzelne Fragen sind bisher folgende eingegangen: Schmargendorf fordert die energische Durchführung der Demokratisierung von Verwaltung und Heer. Bremen verlangt einen Beschluß, daß die Pflege des nationalen Gedankens in den Vordergrund der politischen Tätigkeit gestellt werde. Das Ziel müsse die Vereinigung aller deutschen Stämme im gemeinsamen deutschen Vaterlande sein. Die Reichstagsfraktion solle alsbald in eine Erörterung der dazu erforderlichen Vorbedingungen wirtschaftlicher und politischer Art eintreten. Ferner verlangt Bremen, daß die Reichstagsfraktion unverzüglich in Erwägung darüber eintreten soll, wie die Notlage der kleinen Rentner durch Maßnahmen der Gesetzgebung oder der Verwaltung gelindert werden kann. Gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft wendet sich ein Antrag von Schmargendorf, die freie Wirtschaft führe zur Abschlachtung von nicht schlachtreifen Viehbeständen. Maßnahmen, um diese Gefahr abzuwenden, werden gefordert. Schmargendorf fordert weiter Prüfung der in der Oeffentlichkeit vertretenen neuen Wege der Steuerschaft durch Einschaltung von selbstverwaltenden gewerblichen Steuerhaftklaten als Steuerträger und Steuerzahlbringer. Mit der Bodenfrage befassen sich drei Anträge von Cleve Fisch, Mitglied des Parteiausschusses für Potsdam 1—9. Sie verlangt, daß die Grundrente mit Entschiedenheit steuerlich erfaßt werde, daß jedes Grundstück für alle es betreffenden Rechtsbeziehungen gleichmäßig bewertet werde und daß die demokratischen Fraktionen für die Einführung sogen. Heimstätten-Darlehensscheine eintreten, um dadurch billiges, tüchtiges Heimstätten-Baugeld zu schaffen. Mit derselben Frage beschäftigt sich der Bremen- und Lehrerausschuß Köln und Aachen, der namentlich den Artikel 153 der Reichsverfassung durch ein Grundsteuergesetz verwirklicht sehen will. Die demokratischen selbständigen Handwerker des Rheinlandes stellen eine Reihe Mittelstandsforderungen auf, die dahin gehen, daß der gewerbliche Mittelstand mehr wie bisher zur aktiven politischen und wirtschaftlichen Mitarbeit herangezogen wird, und daß die D. D. P. eine Gesetzesvorlage zur Neuordnung des bestehenden Handwerkergesetzes verlangt. Bremen will einen Beschluß des Parteitages, daß bei den jetzigen Nachwahlen in Schleswig-Holstein, Ostpreußen und Oberschlesien, namentlich aber bei den künftigen Reichstagswahlen die Wahl eines demokratischen Angestelltensekretärs sichergestellt wird.

Deutscher Reichstag.

37. Sitzung. Sonnabend, 27. November, 11 Uhr vormittags.

Die Besprechung der Interpellation wegen des Elektrizitätsarbeiterstreiks wird fortgesetzt. In Verbindung damit stehen die Anträge Maltzahn auf Aufhebung der Ausnahmeverordnung, Müller-Franken zum gleichen Gegenstand. In Verbindung mit dem Antrag Maltzahn haben die Abgeordneten Schiffer und Genossen den Ergänzungsantrag gestellt, die Aufhebung von der schleunigen Einbringung einer Schlichtungsordnung abhängig zu machen.

Abg. **Albrecht** (D. Vpt.) schildert die durch den Streik hervorgerufenen Notstände in Berlin. Der Magistrat habe eine unverzeihliche Schwäche bewiesen. Auch die Regierung habe zu lange gesäumt, bis sie endlich eingriff. Die Technische Nothilfe verdient Dank für ihre opferwillige Bereitschaft. Dabei habe es sich bei diesem Streik doch um einen Eingriff in einen sozialisten Betrieb gehandelt. Das würfe ein bezeichnendes Licht auf die Aussichten der Sozialisierung. In wirtschaftlichen Fragen versage eben der Gemeinsinn. Bis die Schlichtungsordnung kommt, darf die Ausnahmebestimmung nicht aufgehoben werden. Eine Antastung des Koalitions- oder Streikrechts wird nicht beabsichtigt. Die Mehrheitssozialisten haben zwar die richtige Einsicht, wagen aber noch nicht, sie zu bekennen, daher schlagen sie, wenn sie eine Auseinandersetzung mit der äußersten Linken haben, gleichzeitig auf die Rechte los, um es mit keinem zu verderben.

Abg. **Maltzahn** (D.-N. links): Die streikenden Elektrizitätsarbeiter wurden von den Mehrheitssozialisten und den Rechtsunabhängigen im Stich gelassen. Der Tarif der Elektrizitätsarbeiter war abgelaufen, der Schiedsspruch selbst konnte den berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht entsprechen. Es wurde noch am 6. November abgestimmt und abends das Ergebnis bekannt gegeben, daß 1800 Arbeiter für den Streik und nur 60 gegen ihn gestimmt hatten. Die Arbeiter haben damit ihren Streik in der gesetzlichen Form begonnen. Die Worte, die Sylt gesprochen haben soll von dem über Leichen gehen, sind nie gesprochen. Sie stammen von einem sozialdemokratischen Angestellten her und sind auch in anderer Form gefallen. Ich protestiere daher gegen die Auslassungen des Reichsministers Koch gegen den Betriebsrat Sylt. Nicht ein Akt der Sabotage ist vorgekommen, es sind nur Kessel ausgeschickt und Maschinen zum Stillstand gebracht worden. Daß keine Zerstörungen stattgefunden haben, erhellt schon daraus, daß die Maschinen schon vier Stunden nach Beendigung des Streiks wieder liefen. In Moabit kamen 120 12- bis 18jährige Kinder in die Betriebe, von denen drei nötig waren, eine Schaufel zu halten. Einmal ist es ein Verbrechen, die wertvollen Maschinen solchen Kindern anzuvertrauen und zweitens sind die Spinde der Arbeiter erbrochen worden, wie der Leiter der Technischen Nothilfe selbst bestätigen mußte. Der Streik war ein wirtschaftlicher, die Regierung hat erst einen politischen daraus gemacht. Die Ausnahmeverordnung ist ein Eingriff in die Koalitionsfreiheit. Hier hätten die Gewerkschaften eingreifen sollen, aber sie haben sich zum Büttel der Rechten gemacht. Redner protestiert gegen die Maßregelung der 32 Betriebsräte und erklärt, wenn diese Zwirnsfaden von Verordnungen nicht zerrissen würden, würde seine Partei die Solidarität der Arbeiterschaft anrufen. Die Schlichtungsordnung ist ein Zuchthausgesetz für den Arbeiter. Eines bewundern wir an der Rechten, das ist das Ausmaß der Frechheit (Verwarnung des Präsidenten). Arbeitslose, Gewerkschaften und Betriebsräte werden Hand in Hand den Kampf gegen die Sabotage der Rechten aufnehmen.

Regierungskommissar Künzer verweist gegenüber den Behauptungen des Abg. Maltzahn auf die großen Leistungen der Technischen Nothilfe. Die Leute kamen in voller Dunkelheit in Moabit an, konnten keine Auskunft und keine Schlüssel erhalten, auch die Direktion besaß solche nicht. Daher mußten die Schränke erbrochen werden. Das war die Pflicht der Nothilfe. Uebrigens waren in die Ketten Schörstangen eingesetzt, ist das nicht Sabotage? Nach den gesetzlichen Bestimmungen dürfen in die Notwehr keine Leute unter 18 Jahre aufgenommen werden. Was das Grede von dem Einbruch in die Kanäle betrifft, so fehlen dort insgesamt 16 Flaschen Bier, davon eine Flasche Malzbier. Es ist nicht nachgewiesen, daß gerade die Notwehr sie genommen hat.

Abg. **Laverenz** (Dn.): Von der Regierung erwarten wir, daß sie ihren Worten nun auch wirklich Taten folgen läßt. Jeder andere Staat hätte Herrn Sylt hinter Schloß und Riegel gesetzt. Jedenfalls darf er einer strengen Strafe nicht entgehen, wenn die Sabotageakte nachgewiesen werden. Die Schlichtungsordnung muß so schnell als möglich kommen.

Abg. **Weigan** (Soz.) polemisiert gegen die Rechte. Es kommt dabei zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und der äußersten Linken, die wiederholtes Eingreifen des Präsidenten erforderlich machen. Die Mehrheitssozialisten sind im Interesse der streikenden Arbeiterschaft tätig gewesen, ohne daß ihre Bemühungen freilich Erfolg gehabt hätten. Auf der äußersten Linken stehen nur die bislang nicht organisiert gewesenen Arbeiter. Alle organisierten Arbeiter sind für Ruhe und Ordnung, aber Gewaltpolitik wollen sie nicht.

Abg. **Dr. Moses** (U. S. rechts): Reichsminister Koch hat durch seine Erklärung in dieser Sache den Eindruck erweckt, als ob ihm an der Zusammenbringung von Material gegen Sylt gelegen ist. Darin liegt ein Eingriff in ein schwebendes Verfahren. In der Hetze gegen die Arbeiterschaft stimmt die ganze bürgerliche Presse zusammen, alle im Zeichen der Versöhnung. Minister Koch hat die Behauptungen von dem Sterben der Säuglinge u. a. zum Teil zu seinem eigenen gemacht. Ich fordere ihn auf, hierfür den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Die bürgerliche Presse spreche von einem Streikfieber und die Regierung will, wie ein mongolischer Arzt, den Arbeitern das Fieber verbieten. Ein Arzt erteilt wäre Sabotage an der Volksgesundheit. Niemals wird die Arbeiterschaft zu ihren alten Fehlern zurückkehren, der Klassenkampf ist jetzt das Ziel der Arbeiterbewegung, aber Einigung muß unter den Arbeitern walten. Die Rede des Ministers mit ihrem kraftvollen Ton klingt im Gegenteil nach Angstmeierei. Die Eichrich und Konsorten laufen noch immer herum. Hier ist ein kraftvoller Ton am Platze, nicht gegen die Arbeiterschaft.

Damit schließt die Aussprache.

Die Abstimmung über die Anträge soll am Dienstag stattfinden.

Montag, 1 Uhr nachmittags: Etat des Reichswirtschaftsministeriums. (Schluß 2¼ Uhr.)

Abends

vor dem Schlafengehen
eine sanfte Massage der Haut,
dann ist sie früh wieder frisch
und zart. Aber nicht ohne
Dr. Jo Mayers

Capta-Cora-Creme

Tube: Mk. 3.50 und Mk. 5.50

Hersteller: Dr. Jo Mayer, Wiesbaden.

Millionenwerte in Briefmarken.

Deutschlands größte Markenversteigerung.

Die am 29. November im Künstlerhaus zu Berlin beginnende, eine Woche dauernde Briefmarkenauktion, die das Berliner Marken- und Gangsachenhaus veranstaltet, ist die größte Markenversteigerung, die je in Deutschland stattgefunden hat. Was ihr in erster Linie das Gepräge einer philatelistischen Sensation verleiht, ist die außerordentliche Fülle erlesenster Raritäten, deren Gesamtwert in die Millionen geht. Ein Blick in den Katalog, dessen Luxusausgabe eine bibliographische Leistung ist, und der für den Sammler bleibenden Wert behalten wird, zeigt, wie außerordentlich der Preis aller irgendwie bemerkenswerten Stücke gestiegen ist, auch wenn man berücksichtigt, daß der Markpreis infolge der weitgehenden Entwertung der deutschen Valuta naturgemäß ungemein hohe Ziffern aufweist. Gerade der ungünstige Geldstand in Deutschland ist aber eine der Ursachen für das rege Interesse, das die Versteigerung im Ausland und in Uebersee erweckt, wobei darauf hinzuweisen ist, daß auch die Sammler der bisher feindlichen Länder wieder zahlreich auf dem deutschen Markt erschienen. Am zurückhaltendsten benehmen sich noch die Engländer; die französischen Philatelisten breiten über die Vorgänge der letzten sechs Jahre den Schleier des Vergessens, und die Italiener, aber auch die Spanier haben die früheren Beziehungen zur deutschen Sammlerwelt wieder in der alten, herzlichen Weise aufgenommen. Auch Amerika dürfte in großem Umfang als Käufer auftreten und kraft seiner hochwertigen Valuta eine große Zahl kostbarer Raritäten über den großen Teich entführen, zumal diese eine Preishöhe erreichen werden, die für den größten Teil der deutschen Sammler schlechthin unerschwinglich sein werden. Es kommt hinzu, daß der Katalog gerade aus den Vereinigten Staaten eine große Zahl seltener Stücke enthält, für die sich naturgemäß der Yankee am meisten ins Zeug legen wird.

Im übrigen umfaßt der Katalog Exemplare aus aller Herren Ländern, darunter Stücke aus den exotischsten Staaten, die bisher philatelistisch bei uns fast völlig brach gelegen haben. Gleich Afghanistan ist mit einer Anzahl von Losen vertreten, die man bisher in Deutschland noch kaum zu Gesicht bekommen hat. Auch Albanien wird durch eine Spezialsammlung repräsentiert, deren Stücke fast durchweg ungemein hohe Preise erzielen werden. Preise, die bei Dutzenden von Losen in die Tausende gehen werden. So setzt sich die Reihe durch das ganze Alphabet hindurch fort, und es ist natürlich unmöglich, auch nur in den allergrößten Zügen einen besonderen Ueberblick über das zur Versteigerung stehende Material zu geben. Selbst der ganz erlesenen Prachtstücke gibt es so viele, daß ihrer nur wenige erwähnt werden können.

Da ist vor allem die argentinische 5 Pesos-Marke, Emission 1899, orange und schwarz, ein postfrisches Kabinettstück mit kopfstehendem Mittelstück, eine der größten Raritäten von Argentinien, deren Wert der neue Yvert-Katalog mit 5000 Franken bewißt, und deren Ausrufspreis auf 20 000 Mk. festgesetzt ist. Es ist aber zwei ellos, daß die Marke, wie alle außerordentlichen Raritäten, einen weit höheren Preis erzielen wird. Zur Versteigerung kommt weiter ein berühmter Baden-Brief Landpost, Em. 1862, mit den ungemein seltenen 12 Kreuzer-Marken, eines der größten Altdeutsch-Landstücke, dessen Wert auf etwa 20 bis 25 000 Mark geschätzt wird. Zahlreich sind die ungemein gesuchten sog. brasilianischen Dreiecken, meist in Prachtstücken vertreten. Eine weitere Brasilien stellt infofern ein Unikum dar, als sie den höchsten Nennwert zeigt, der überhaupt jemals auf einer Marke vorgekommen ist: eine Mission Reis. Das postfrische Exemplar von 1913, dunkelbraun und schwarz, ist mit 6000 Mark bewertet. Interessant ist ferner die thebanische Korrespondenz des Herrn Tschang-Hsi-Tschang in Schanghai, die äußerst selten und nicht gelaufen ist. Es sind insgesamt 32 Briefe mit weit über 100 chinesischen und indischen Marken ohne Ausdruck, sämtlich in Lhasa und Gyangtse (Tibet) an die gleiche Adresse abgestempelt. Der Ausrufspreis dieser Kollektion ist mit 2000 Mark festgesetzt. Eine große Seltenheit ist ein Deutsches-Reich-Marke, Em. 1871, 7 Kreuzer, blau, tl. Brustschild mit kopfstehendem Mittelstück. Es ist das einzige bekannte Stück dieses Fehldrucks und als unbedingt echt anerkannt. Die Marke ist mit 1500 Schweizer Franken limitiert. Die seltenste deutsche Kolonialmarke unter deutscher Verwaltung ist das sogenannte Kiaut-Provisorium, die 5 Pfg. grün Deutsch-Neu-Guinea mit Aufdruck 3. Von der Marke sind nur 5 bis 6 Stück ausgegeben worden; im Handel ist in den letzten zehn Jahren keine gewesen. Der Wert des Unikums ist auf 15 000 Mark geschätzt. Auch sonst sind außerordentlich hoch bewertete deutsche Kolonialmarken in großer Zahl vertreten, namentlich Marken mit dem Aufdruck G. R. I. (Georg Rex Imperator) von den Marshall-Inseln und Samoa unter britischer Besetzung. Einzelne von ihnen dürften auf 10 bis 15 000 Mark kommen. Noch höher bewertet sind einige Togo-Marken mit dem Aufdruck Anglo-French Occupation, deren Ausrufspreis 15 000 und 16 500 Mark beträgt. Eine der größten Seltenheiten, von der nur etwa zehn bis zwölf Stück bekannt sind, ist die rechteckig langgestreckte grüne englische Eduard-1-Pfund-Marke; Em. 1902, die 26 000 Mark bringen soll, aber sicherlich noch weit höher bewertet werden wird. Ein russischer Satz Peking-Marken italienischer Post Em. 1917 ist mit 19 000 Mark bewertet. Auf 28 000 Mark angesetzt ist der Ausrufspreis einer Moldau-Marke, Em. 1858, 27 pra. schwarz auf rosa in klassischer Erhaltung.

Von der Schweiz sieht man die berühmten Basel-Täubchen-Marken, Em. 1845, 2½ Rappen, die mehr als 10 000 Mark erbringen dürften. Ein Genfer Brief, Em. 1843, mit der Doppelmarke 5 plus 5 c. grün und dem Aufdruck Port Cantonal auf dem Rand ist mit 24 500 Mark angesetzt. Auch eine einzig dastehende Sammlung von allen Zeitschriften, Theaterzetteln, Neujahrskarten usw., die während seines Bestehens im Internierlager Ruhleben erschienen sind, dazu Kohlesitzzeichnungen von internierten Künstlern und vieles andere, das auf das Leben im Gefangenenlager der Engländer bei Berlin Bezug hat, kommt zur Versteigerung; der Wert dieser Spezialsammlung ist von Sachverständigen auf 5000 Pfund Sterling geschätzt worden.

Leipziger Theater. Leonid Andrejews Drama „Jekaterina Iwanowna", das seit vielen Jahren nicht mehr in Deutschland gespielt worden ist, kam im Leipziger Schauspielhaus zur verdienstvollen Erstaufführung. Es ist eine mehr melancholische als dramatische Angelegenheit; Studie über eine seltsame Frau, die den Ehebruch begeht, dessen sie der Gatte grundlos verdächtigt und weil er sie verdächtigt. Ein Mordversuch des Eifersüchtigen leat mit drei brutalen Revolverschüssen, die ihr Ziel verfehlen, eine Frauenseele in Trümmer, aus denen dunkle Gewalten aufsteigen. Selten hat ein Dichter das Hinabsinken einer anständigen Frau ins Dirnentum mit schwermütiger Melodie begleitet. Lina Carstens war in der Titelrolle ein erst aufgeschrecktes, dann zerfleddertes und zuletzt haltlos taumelndes Weib; die Leistung einer künstlerischen Vollnatur. H. N.

Professor Paul Graener, der Nachfolger Reegers am Leipziger Konservatorium für Musik, vollendete jüngst ein Streichquartett Op. 54, welches am 9. Februar im Gewandhaus zu Leipzig zur Aufführung gelangt, und eine Rhapsodie (Op. 53) für Altsolo, Streichinstrumente und Klavier. Beide Werke erscheinen im Verlage von Ed. Bote u. G. Bock, Berlin W. 8.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201128013/fragment/page=0002